

Saale-Zeitung.

Chernobivierjährgang.

Verlegen werden die... Saale-Zeitung...

Die Saale-Zeitung... 1910...

Pr. 71. Halle a. S., Sonnabend, den 12. Februar. 1910.

Die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 11. Februar.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertische: v. Bethmann-Hollweg, Beseler, v. Kollie...

Erste Lesung.

Abg. Herold (Ztr.):

Wir halten an unserem prinzipiellen Standpunkt gegenüber dem preussischen Wahlrecht fest. Was das Reichstagswahlrecht betrifft, wird auf die Dauer in den Einzelstaaten nicht vorentschieden werden können.

Minister des Innern v. Molke:

Die liberalen Redner des gestrigen Tages und der Abg. Herold haben das geheime Wahlrecht gefordert. Nachdem gestern der Ministerpräsident mit aller Bestimmtheit den Standpunkt der Staatsregierung in dieser Frage entwickelt hat, glaube ich, darauf heute näher eingehen zu sollen.

Das Ihnen vorgeschlagene System ist gerechter.

Es verhält sich den Minderheiten zur Geltung und damit den wirklich in der Masse vorhandenen Etrömungen. Wenn behauptet wird, daß der Wegfall der indirekten Wahl nicht mehr unter den Begriff einer organischen Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts fällt, so muß ich darauf verweisen, daß das geltende Klassenwahlrecht unberührt bleibt.

Entrechtung des lachten Landes

zugunsten der Städte bedeutet. Die Wirkung unserer Vor schläge nach übersehen. Man überseht, daß die wichtigste Grundlage noch wie vor die Steuerfähigkeit bleibt, man überseht, daß bei der Berechnung der Steuer die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ihre volle Verwertung finden.

Arbeiterklasse in der 3. Klasse zu isolieren.

Alle Abteilungen sind untereinander gleich und gleich gut. (Lautes Gelächter links.) Wer von Wählern erster oder dritter Qualität spricht, hat den Sinn des Dreiklassenwahlrechts nicht erfasst (wiederholtes Gelächter), oder will das nur zu agitatorischen Zwecken ausnützen, wie es die Sozialdemokraten tun.

Abg. Frz. v. Zedlitz (reihlos):

Die Begründung der Vorlage geht leider von dem Nachweis der Notwendigkeit einer Wahlreform her. Der Ministerpräsident meint, an der Wahlrechtsagitation sei weniger der Zustand des Wahlrechts selbst, als eine Reihe von Mischständen schuld, deren Beseitigung die Bewässerung von einer Wahlrechtsreform erhoffe.

grundlos. Wäre er das, wollte er das sein, so würde das eine verhängnisvolle Wirkung auf unsere politischen Verhältnisse und eine Gefahr für Preußen bedeuten. (Heiterkeit links; Beifall rechts.) Der Ministerpräsident hat verfehlt, er wolle nicht, daß die Beamten eine bestimmte Partei begünstigen. Das glaube ich ihm. Aber nicht auf sein Wollen, sondern auf Leistungen komme es an. (Sehr richtig! links.) Auf eine organische Fortbildung des preussischen Wahlrechts können wir nicht verzichten.

Unannehmbar ist für uns die Bevorzugung der Militäranwärter, weil sie die anderen Beamten, vor allem aber den erwerbsfähigen Mittelstand benachteiligt. Man müßte den selbständigen Gewerbetreibenden und den Bauern mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mk. das Zutrittsrecht in die höhere Wählerklasse gewähren. (Abg. Piebisch: Und die Arbeiter?) Die Interessen der Arbeiter werden heute durch das Reichstagswahlrecht schon in einem das Berechtigte Maß überhöhten Umfang vertreten, so daß es einer besonderen Berücksichtigung ihrer Interessen im preussischen Wahlrecht nicht mehr bedarf. (Zustimmung rechts.) Trotzdem fühlen wir uns stets verpflichtet, die Arbeiterinteressen genau so wie die anderen Volksklassen zu vertreten, denn wir sind eben Vertreter des ganzen Volkes. (Beif. Beifall.) Der Redner geht dann auf die geheime Wahl ein. (Stur: Lauter, lauter! Auf links: Er genießt sich.) Die geheime Stimmabgabe ist heute der Sozialdemokratie weniger vorteilhaft als die öffentliche. Aber wie dem auch sei, etwas Politisches wird bei dieser Vorlage nur herauskommen auf der Grundlage der öffentlichen Wahl! (Beif. Beifall rechts; Unruhe links.) Selbst wenn wir hier die geheime Wahl beschließen wollten, würde das Herrenhaus da nicht mitgehen, sondern wieder die öffentliche Wahl einlegen. Und die Regierung würde kaum geneigt sein, durch einen Patentschub diese Opposition des Herrenhauses zu brechen. Also: Die Sache wird nicht bei öffentlicher Stimmabgabe gemacht, aber sie wird nicht gemacht. (Zuruf des Abg. Koppich: Wie?) Das sollten Sie (nach links) sich bei Ihren entgegengesetzten Stellungnahmen vor Augen halten. Das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis kann gegen die öffentliche Wahl nicht vorgebracht werden. Es ist wirklich nicht so arg mit dieser Abhängigkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Bergarbeiter in Oberschlesien und im Rheinland in aller Öffentlichkeit und ungeheuer die Kandidaten ihrer Arbeitgeber niedergestimmt haben. Eine Minderheit meiner politischen Freunde ist ja für die geheime Wahl. Aber auch die Mehrheit, die für die öffentliche Wahl ist, sieht es als Ehrenpflicht an, dem gewerblichen Mittelstand in den Städten das Wahlrecht durch die öffentliche Wahl nicht verlernen zu lassen. Freilich ist das eine sehr schwere Aufgabe, aber es muß versucht werden. Möge es zu einem Wahlrecht kommen, das die Eigenart des preussischen Staatswesens liebt. Das wird auch im Interesse des Reichs liegen. (Stimmrecht! v. A. rechts; Achten links; Beifall.)

Abg. Strödel (Soz.):

Die Vorlage ist eine ungeheure Konstante der Sozialdemokratie. Hinter der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen steht die große Mehrheit - zwei Drittel - des preussischen Abgeordnetenhauses.



hohen Wähler, und wenn man die national-liberalen Wahlreformfreunde mit einschließt, kommen an 6 Millionen Wähler reformer heraus. Demgegenüber stehen knapp 1 1/2 Millionen konservernahe Wahlrechtsgegner. Die Regierung aber richtet sich nach den Wünschen der Wähler, sie weiß eben, daß die Minister von den Konservern gestützt werden, sobald sie sich weigern, weiter die Parteien der Junker zu sein. In dem Chamaismus in England sind lediglich der Fiktionszweck und der Reichsverband schuld. Die Konservern befehlen sich über unsere Ton. Sie sprechen aber von uns als von politischen Begehrten und Strolchen und rufen einmal einen unserer Abgeordneten 'dieser Bengel' zu. Und was es nicht ein Konserver, der einmal sagte: Die Minister können uns nicht was! Die Vorlage hat einen wesentlichen Zug; es sollen die Wähler mehr Rechte haben, die recht lange den bunten Rad getragen haben. (Aachen. Das Saas leert sich mehr und mehr; es ist nur noch ein kleiner Bruchteil der Abgeordneten anwesend. Ein Minister ist schon seit Beginn dieser Rede nicht mehr im Saal zugegen.) Die Junker sind es, die die Vorlage für eine Revolution halten, und die Minister, wenn die Vorlage der Regierung vordereit wird, uns gar nicht, denn sie können von der preussischen Bureaucratie, und führt Minister sagte schon in den fünfziger Jahren: Die Gesetzgebung der preussischen Bureaucratie wird der natürliche Dreck. Das ist auch ein Beispiel für den guten Ton! Der Ministerpräsident meinte gestern, das Parlament verleihe. Er trägt recht dazu bei. Der Abg. v. Richtigton tat sich gestern viel auf seine Bildung zugute; es sprach englisch. (Abg. Frhr. v. Richtigton: Er kann auch französisch! — Getreter!) Der preussische Wahlrecht 'Sumo quicquid' wird von den Junkern nicht bloß dahin ausgelegt: Behalte, was du hast! sondern: Nimm, was du kriegen kannst! Die von national-liberaler Seite gemachten Vorwürfe sind dem Minister nicht haken. Er sagt, daß die 'Mächte bawern' ausgesendet' heißen werden. Das ist eine Benutzung heißt also ewige Entziehung. Ist solche Aufstellung nicht gerade eine Gotteslästerung in Ihrem Sinne? Auch das Wahlrecht soll nur dazu dienen, weiter Monarchie und Kapitalismus zu stützen. Für die Berechtigung der jetzigen Wahlrechtsenteilung hat der Abg. Herold das schürriige Argument vorgebracht, daß Berlin an Bodenfläche so klein und so A. Ostpreußen so groß sei. Aber nicht der Flächeninhalt, sondern die Zahl der Wähler im Wahlkreis bestimmt doch die Einteilung. Wir werden durch Erregung eines Volkssturmes schon dafür Sorge tragen, daß die Regierung uns eine andere Vorlage als diese machen wird. (Aachen rechts.) Das Unteroffiziersprivileg zeigt, daß die Regierung sich eine Prärogative erga die für die Wähler schaffen will. Herr v. Bismarck sollte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag gegen die Bismarckprivilegien nicht so äußern. Es ist nicht auch eine von den ihm verdächtigsten gottgewollten Abhängigkeiten? Dieser angebliche Terror hat mehr Gutes gewirkt als jahrzehntelange platonische Vorstellungen. Der Bund der Landwirte, selbst die National-Liberalen haben den Bismarck über Gesichtsleiste verhängt. Wir möchten der Regierung, den Konservern und auch der Krone den Rat geben, die Vorlage gründlich umzuändern. Das Volk läßt sich auf die Dauer ein solches Wahlrecht nicht gefallen. Die Krone begreift dem Volke mit Misträuen.

**Vizepräsident Dr. Krause:**  
Herr Abg. Ströbel, eine solche Verletzung der Ehrfurcht vor dem König ist auch verlegend für die Mitglieder des Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

**Abg. Ströbel (fortfahrend):**  
Ein solches Wahlrecht kann zum Verhängnis werden. Die Sozialdemokratie ist die wahre Trägerin der Kultur. (Aachen rechts.) Sie hebt das Volk zur Sonnenhöhe der Kultur. (Aachen.) So sind wir echt national. Wenn wir durch die Wähler der jenseitigen, dann sagen wir: Das ist unser Vaterland! So haben auch wir unser Vaterland. Fort mit diesem niederträchtigen Wahlrecht, fort mit dieser hundsföttlichen Vorlage! (Aachen rechts.)

**Vizepräsident Dr. Krause:**  
Wegen dieser letzten verlegenden Äußerungen rufe ich Sie wiederum zur Ordnung. (Beifall.)

**Abg. Roskantz (Vole):**  
Das Land wird erstaunt sein, wie ein so selbstfrender Mann wie Herr v. Bismarck Hollweg der erste Beamte des Staates sein kann. (Aachen rechts.) Er redet von Unabhängigkeit und Freiheit der Beamten, während das Gegenteil die tägliche Praxis ist. Auch müssen wir dagegen Protest erheben, daß der Ministerpräsident das Reichstagswahlrecht herabsetzt.

**Vizepräsident Dr. Forst:**  
Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, daß er diesen Effekt erzieht hat.

**Abg. Roskantz:**  
Ich will ja nicht sagen, daß er es bewirkt getan hat; vielmehr ist es unbestimmt. (Seitertel und Rufe rechts Au, au!) Der Reichstag steht himmelhoch in seinen Reihungen über dem Abgeordnetenhaus. (Schallendes Gelächter rechts.) Der Abg. Frhr. v. Jellitz hat seine zwei alten Stedenpferde getrieben: die katbolische Geistlichkeit und die Sozialdemokratie. (Seitertel.) Es ist ungläublich, daß die Regierung jetzt, nachdem man in Rattowitz die Beamten gemortet hat, diese Vorlage bringt und glaubt, damit den Beamten noch etwas zu bieten. Wir werden nicht zucken, aber wir nicht das Reichstagswahlrecht in Straußen erkaufen haben.

**Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.**

## Deutscher Reichstag.

33. Sitzung am 11. Februar, 1 Uhr.

Die Beratung des Militärrats wird fortgesetzt bei dem Kapitel Befeldung und Ausrüstung der Truppen.

**Abg. Goede (nl.)**  
bewirkt eine Resolution seiner Fraktion auf Vorlegung einer Denkschrift über die Organisation des Militär-Befeldungswesens und über die Fragen des Frischen und des jetzigen Systems. Zur Begründung führt er an: Die Erziehung der Militärschüler in den Befeldungsämtern durch Zivilhandwerker habe große Enttäuschungen, hinsichtlich der Reifeprüfung gebracht. Start verordnet habe man sich namentlich mit der falschen Annahme, daß die 3000 Militärschüler sich durch 1200 Zivilhandwerker werden erziehen lassen. Deshalb besonders jene die Staatsanläge so lauz überfordert worden, daß zu überlegen sei, ob an dem jetzigen System festgehalten werden könne. Auch sonst bedürfte die ganze Angelegenheit einer Prüfung nach vorzischenen Erfahrungen.

**Kriegsminister von Heeringer:**  
Der Hauptgrund, weshalb wir feinerzeit zu den Zivilhandwerkern übergehen, war nicht der, daß wir dabei billiger zu fahen

glaubten, sondern: Rücksicht der Gerechtigkeit! Das höhere Mitglied des Hauses, Herr Jacobstoeber, sagte damals wiederholt darüber, daß gerade nur Schneider und Schuhmacher zum Militär eingezogen würden, andere Gewerbe aber davon verstoßen bleiben, was ungleich ist. Daß der Wechsel Rechtsformen bewirkt werde, darüber war man sich schon damals durchaus klar.

**Abg. Faber (Str.)**  
erkennt es dankend an, daß sowohl die Militärs wie die Volkswirtschaft bemerkt seien, die Befeldigung an Befeldungen für die Rekrutierungen der Handwerker-Berufungen zu erleichtern und dadurch das Handwerk zu fördern.

**Abg. Stäcker (Soz.):**  
Wir wünschen, daß das jetzige System bei den Befeldungsämtern im Interesse des freien Handels beibehalten wird. Wenn die Kosten jetzt als hoch bezeichnet werden, so liegt das an der Befeldung der Genter mit so und so viel hochbezahlten höheren Offizieren. Diese sind auch im Einkauf von Waren sicherlich nicht so faherabhängig, wie die Leiter von Privatbetrieben gleicher Art. Ich wundere mich, daß die Offiziere nicht selbst diese Art von Befeldigung ablehnen. Für alles Technische müssen tüchtige Beamte aus dem Zivilstand entsendet sein!

**Abg. Erberger (Str.):**  
Die Befeldigung der Militärschüler entsprach einem alten Wunsch des Reichstages. Auch hier hat sich wieder gezeigt, daß, wenn der Reichstag einen Wunsch auspricht, die Erfüllung selbst bei einer Verteuerung hinausläuft. Der Resolution stimmen wir zu; hoffen aber dabei, daß der Minister, wenn er an die Denkschrift herantritt, auch die Handwerkerkammern hört. Dem Voten unbedinglich ist die große Zahl der Offiziere bei den Befeldungsämtern, so ist Offiziere bei den Handwerker. Deshalb begrüße ich es auch, daß die Kommission diesmal einen Major bei den Befeldungsämtern abgeleht hat.

**Abg. Mühl (Soz.):**  
Statt immer nur Offiziere, sollte man lieber sachlich ausgebildete Leute in die Befeldungsämter kommandieren. Bei der Vergebung der Militärschulungen sollten nur solche Unternehmern berücksichtigt werden, die die verarbeiteten Köpfe auch wirklich fahen.

**Abg. Wiesberg (Str.)**  
bittet, die Heimarbeiterinnen bei Militärschulungen besonders zu berücksichtigen.

**Kriegsminister von Heeringer:**  
Wir sind fähig bemüht, mit den Handwerkerorganisationen in Fühlung zu bleiben. Wenn die Herren Sozialdemokraten eine Umgestaltung der Befeldungsämter wünschen, dann sollen sie die Mittel dazu bewilligen.

**Abg. Sommer (fr. Opt.):**  
Die Schmutzkontruren, die die Militärschneider den Zivilschneidern machen, müssen abgestellt werden.

**Kriegsminister von Heeringer:**  
Für die Aenderung der Uniformen der Schöfänger ist kein Pönig aus dem Militäretat nötig. Die fedrante Uniform wird nur allmählich eingeführt werden. Die Befeldung müssen erst aufgebraucht werden.

**Abg. Will (Str.)**  
tritt für die Maßschiffen und Helgen ein.  
**Abg. Gagemann (nl.)**  
für die Militärschulungsmeister.

**Abg. Wehl (nl.)**  
spricht über Mühsünde bei Lehrleistungen.  
**Abg. Pauli-Vorsbach (konf.)**  
nimmt der Resolution Beifall zu. Bezüglich der Heimarbeiter muß die goldene Mittelstufe eingeschlagen werden. Den Soldaten, die aufs Land auf Urlaub gehen, sollte man nicht die schiedelste Garnitur mitgeben.

**Abg. Fintel (nl.)**  
bittet um Garnisonen für die harnoverschen Drie Einbed und Markttein.

**Abg. Görde (nl.)** wünscht eine Garnison für Habelberg.  
**Abg. Werning (nl.)** eine solche für Niemburg.  
**Abg. Werner (Ref.-P.)** eine für Hersfeld.

**Oberst Wandel:**  
Voraussetzung sind brauchbare Lokalitäten, Habelberg, Niemburg und Hersfeld werden erzwogen.

**Abg. Dr. Görde (nl.):**  
Wir sind mit einer ganzen Menge von Zuführten übersehmennt worden, in denen Beamte, die bei der Befeldungsübernahme zu kurz gekommen sein wollen, Aufbesserung verlangen. Damit hat es jetzt ein Ende. Wir müssen Stube haben.

**Abg. Erberger (Str.):**  
Die Abgeordneten, die hier immer neue Wünsche vorbringen, sollten die Sache einmal einige Jahre aus ihrer Tasche begreifen.

**Abg. Dr. Hermes (fr. Opt.)**  
bemängelt die übermäßige Verlesung von Apothekenkonventionen an Militärschulern, die in Pension gegangen sind.  
**Generalleutnant von Ballet des Barres**  
erklärt, daß an Militärschulern nur 61 Proz. der Konventionen verlesen wurden.

**Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Opt.)**  
führt Beschwerde über große Härten bei der Handhabung der Kontrolle über Reservementssachen.

**Abg. Gothein (fr. Bgg. und Ged (Soz.)**  
bringen ähnliche Klagen vor.  
Zur Befeldigung der blinden Nationen bringt der Etat die Einführung von Pferdegebern an diejenigen Offiziere, die bis bisher noch nicht besetzen, in erster Linie an die Generalität. Die Budgetkommission hat die Vorgebehr geirrt. Das Wesen nimmt ohne Debatte zu.

**Abg. Raden (Str.)**  
begünstigt eine Resolution, in der gefordert wird, daß die Kontrollverfammlungen jährlich nur einmal stattfinden.

**Abg. Dr. Glöde (nl.)**  
äußert Bedenken.

**Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Opt.)**  
stimmt zu.

**Abg. Glöde (Soz.)**  
bringt Beschwerden vor über unbedingte Erhebung von Rekruten.

**Kriegsminister von Heeringer**  
erklärt, daß in den angeführten Fällen die Bestimmungen eingehalten wurden, daß diese Bestimmungen aber gelindert werden sollen.

**Abg. Schüpkin (Soz.)**  
tritt im Interesse der Arbeiter für eine einmalige Kontrollverfammlungen im Jahre ein.

Die Resolution wird gegen die Rechte und gegen die National-liberalen angenommen.  
Beim Militärverlegungsweisen kommt

**Abg. Gmel (Soz.)**  
auf den Fall des Herrn von Oldenburg zurück, dem er Ratsort in Erziehung vorzählt. Die Offiziere seien oft recht reichhaltig an Bräut. (Aachen rechts.) Wenn oben die Befeldung gebrochen (Beifall bei den Soz.)

**Kriegsminister von Heeringer:**  
Ich lehne es ab, auf diese Ausführungen irgendwie einzugehen (Beif. Beifall rechts.) Wenn Sie behaupten, daß die Offiziere brutal sind, dann beweisen Sie es auch. (Beif. rechts.)

**Abg. Redebour (Soz.):**  
Die Herren machen sich die Sache leicht. Herr von Heeringer und Herr von Oldenburg haben bemerkt, daß sie mit der Befeldigung nicht genügend Bekand wissen. Der Kriegsminister hat in der Oldenburgsfrage erklärt, daß der Offizier keinen Eid nur dem allerbühmsten Krieg er geschworen habe. Er fähigt weiter aus, daß die einfache Initiation schon vielfach zum Segen des Vaterlandes gemeldet ist. Was meint er damit? Will er zum Befeldungsbruch gehen? Denkt er daran, daß Friedrich Wilhelm IV. die preussische Nationalversammlung auseinanderpöngte? Will sehen ja vor neuen Befeldungskämpfen. Der Major von Bismarck hat bereit (Vizepräsident Dr. Spahn rügt den Ausbruch und bittet, die Regierungsvertreter mit den Titulaturen zu bezeichnen, mit denen sie beim Reichstag angemeldet sind.) Herr von Bismarck erschien bei der Landtagsversammlung in Majorsuniform. Ich nach dabei an, er sei beim Landtage als Major angemeldet. (Großes Gelächter.) Wo bleibt die Antwort des Kriegsministers? Geniert er sich, oder ist ihm die Sache so fremdlich?

**Kriegsminister von Heeringer:**  
Ich habe in meiner damaligen Rede nur eine Tatsache festgehalten. Welche Proferenzen Sie daraus ziehen wollen, ist Ihre Sache. Ich habe kein Beispiel aus Preußen im Auge gehabt, sondern die Befeldungskämpfe in Kursleben. Wir haben unseren Stand vor den andern nicht hervor, sondern überlassen ihnen genau die gleiche Ehe.

**Abg. Redebour (Soz.):**  
Darauf war ich nicht eingegangen, ich ein preussischer Kriegsminister, wenn er solche Worte spricht, an Kurpfeln denkt. Allerdings hat ja in diesen Staaten ein etendes niederträchtiges monarchisches Regiment geherrscht, wie nirgends anderes. (Beifall 5. d. Sa. Unruhe rechts.) (Vizepräsident Dr. Spahn rügt den Ausbruch.) Die turkische Geschichte ist ein Schandstück für Deutschland. Wenn die Gewalttäter in Preußen es wagen sollten, das preussische Volk ebenso zu behandeln, wie die Mochaber in Ossen, dann soll ihnen dasselbe Schicksal befehen sein. (Beifall 5. d. Sa.)

**Abg. Wieland**  
spricht für die turmerische Erziehung der Jugend.  
Nach Erledigung des ordentlichen Etats verlegt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr: Kaiserordenlicher Militäretat. Siefenvermittlungsgesetz. Schluß 7 Uhr.

# Deutsches Reich.

## Schulzengnisse und politische Reife.

8 Aus Schulkreiser wird uns geschrieben:  
Die neue Wahlrechtsvorlage hat bekanntlich das Wahlrecht unter andern auch von erworbenen Schulzengnissen abhängig gemacht. Die Männer, die solche Bindungen an die Ausübung dieses öffentlichen Rechts geknüpft haben, sind von einem offensbaren politischen Mifgriff nicht freizuprehen. Die Schule, wie sie jetzt ist, mag noch so viele Kenntnisse, die für das praktische Leben von Wert sind, vermitteln, ihre Aufgabe ist nicht, politisch geladene Fähigkeiten zu entfallen. Nur das Leben vermag hier dem einzelnen die Richtung zu geben. Wohl wäre es überaus zu wünschen, daß die Schule mehr in das Leben des Staats und seine Betriebe einführe — und nur so allein wird sie auch ihren Beruf erfüllt —, aber ihre Zeugnisse deshalb politisch verwerten zu wollen, das hieße, den Schein an die Stelle verlorener Wirklichkeiten zu setzen.

Politik und Schule sind geradezu Gegenfätze. Wie können sie überhaupt in irgend welche Verbindung gebracht werden? Wenn man das tut, so wird damit geradezu wieder ein großes Schlagschliff darauf gemorren, wie unpraktisch der Deutsche noch in rebus politisch denkt. Statt mit dem realen Leben zu rechnen, wird die Schule auf ein Gebiet gerirt, auf dem allein Faktoren maßgebend sind, die ganz außerhalb des Geisteslebens der Schule stehen. Das Leben im Staate fortgesetzt in Fluß und fortwährend anderen Konstellationen ausgelegt, so muß im Gegenteil die Schule auf eine Stetigkeit ausgehen, die ihr allein Nutzen bringt und den Segen verbürgt. Wer will also sagen, daß ein guter Schüler ein guter Politiker werden müßte? Das hieße doch, die Dinge direkt auf den Kopf stellen.

Aber es kennzeichnet wieder einmal eine gewisse Hilflosigkeit der regierenden Stellen, daß sie zu solchen Auswegen ihrer Zuflucht nehmen, den Grundlagen des politischen Lebens solche Stützen geben wollen, die nur absolut aber nicht relativ sein können. Bildung freilich ist auch Macht, aber nur solche Bildung, die eben das Leben gewirkt hat. Jede andere rezentriert nur eine Scheinwelt. Und wehe dem Staate, der auf Schein baut. Ein Schulexamen kann unmöglich einen Faktor abgeben, mit dem ein Staat ernsthaft politisch rechnen will. Also mag er die soziale Stellung berücksichtigen, die Schule muß er hier aus dem Spiele lassen, denn sie verleiht nicht Rechte an sich, überhaupt keine Rechte, sondern nur die Anwartschaft auf höhere. Am wenigsten aber kann sie die Berechtigung zu solchen politischen Rechten erteilen. Die mächtigsten Faktoren im Leben sind immer noch Geburt, Glück und Gaden, zu diesen kann die Schule nichts hinzuzufügen, noch etwas davon abziehen, und der Staat hat nur zu rechnen mit dem, was es ist, nicht mit dem, was sein sollte. Das soll er der Schule überlassen, die allein an der Bildung dieses letzteren arbeiten kann. Die Politik muß dem Leben selbst ins Auge sehen und darf nicht von der Schule erwarten, was ihr dieselbe nie geben kann.

## Das Automobilgesetz.

Aus Berlin wird gemeldet:  
Die vom Bundesrat erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Automobilgesetz beziehen sich zunächst auf die Befeldung und Ausrüstung der Fahrzeuge, bei der jede vermerkbare Befeldigung von

sonen und Gefährdung von Führern durch Gerücht, Raub oder üblen Geruch ausgeschlossen sein soll. Für die Zulassung von Kraftfahrzeugen nach Verkehr über genaue Zulassung über die Lenk- und Bremsvorrichtungen, die Vorschriften, Befahren, Bergföhren usw. erlassen. Haupt- und Nebenbestimmungen sind die Bestimmungen über die Zulassung von Kraftfahrzeugen. Diese Personen müssen ein körperliches und geistiges Wohlsein, eine theoretische und praktische Kenntnis der geltenden Vorschriften und als praktische eine Probefahrt auf freier Strecke mit mindestens einjähriger Dauer.

### Sparen und die Schiffsabgaben.

Aus München wird gemeldet: Im zweiten Ausschuss der bayerischen Reichsratskammer hat der Verkehrsminister v. Kraundorfer erklärt, daß auch die Rückführung der Staatsschulden eine finanzielle Belastung des Reiches und der Einzelstaaten der bayerische Regierung bemogen habe, möglichen Schiffsabgaben zusammenzufassen. Allerdings werde Bayern mit seinem mit dem Vorgehen freizügiger übereinstimmenden grundsätzlichen Standpunkt zur Wabensfrage, von deren positiver Lösung die Fortführung der Nationalisation bis Schiffsabgaben abhängt, nicht abgehen können. Der Abgang der Reichsminister einverstanden; auch er den Ausführungen des Verkehrsministers eingestimmt. Das entscheidende werde sein, wie die Schiffsabgaben festgesetzt würden, ob sie rückwirkende Kraft hätten und bis zu welchem Zeitpunkt, ob sie für künftig auszuübende Ströme gelten, ob sie sich nur auf bestimmte Strömteile beziehen oder ob sie auch auf Nebenflüsse erhoben werden sollen. Erfolgreich sei, daß man jetzt den Unterschied fallen gelassen habe zwischen natürliehen und künstlichen Flüssen, denn auch ein kanalisiertes Strom habe nicht aufgehört, eine natürliehe, verbesserte Wasserstraße zu sein.

## Parlamentarisches.

Nationalliberale Anträge gegen Frankreich. Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat die nationalliberale Fraktion des Deutschen Reichstages einen Antrag eingebracht, worin der Reichstanzler ersucht wird, die Frankreich gegenüber durch Bundesratsbeschlüsse zu ergreifenden Ermäßigungen für Schaumwein, Praxentwein, Arak, Rum, Kognak, Portwein, Likör und sonstige Weine, die in Frankreich aus den französischen Zolltarifen wieder aufzuheben. — Der Antrag befragt, daß der Reichstanzler durch Herbeiführung eines entsprechenden Bundesratsbeschlusses dafür Sorge tragen möge, daß diejenigen französischen Einfuhrzölle, welche nicht handelsvertraglich gebunden sind, für den Fall, daß der französische Zolltarif wesentliche Erleichterungen für die deutsche Einfuhr nach Frankreich enthalte, in entsprechender Weise zu ändern werden.

Die Beilegung der Drittteilung in den Urwahlsitzungen. Wie von unserer Seite berichtet, ist im Abgeordnetenhaus bereits jetzt eine feste Mehrheit, bestehend aus Nationalisten, Freikonserwativen und Nationalliberalen, für die Beilegung der Drittteilung in den Urwahlsitzungen und deren Ersetzung durch Drittteilung in den Wahlsitzungen vorhanden.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung und genehmigte ihn unternommen in Einnahme und Ausgabe. Beim Kapitel für die Gemeindefiskusbeamten erklärte ein Mitglied, daß die Besätze mit weiblichen Gemeindefiskusbeamten weder die an sie gemachten Besondere noch Einkommen gerechtfertigt hätten. Sie hätten in ganzen daselbst gekümmert, wie die männlichen Beamten. Für Berlin sei die Anstellung von zwei neuen weiblichen Fiskusbeamten in Aussicht genommen. Auf Anfrage erklärte ein Regierungskommissar, daß die entsprechende Anstellung weiblicher Fiskusbeamten in Erwägung gezogen werde.

In der Budgetkommission des Reichstages entwickelte sich gestern eine längere Erörterung über die Gliederung des Konstruktionsdepartements. Den Anlaß dazu bot die Fortsetzung der Marineverwaltung, einen neuen Vortragenden Rat zu bewilligen. Vom Zentrum wurde dagegen gesprochen und gleichzeitig angefragt, warum die Konstruktoren einem Minister unterstehen, man solle sie doch selbständig machen. Staatssekretär von Tirpitz gab darauf längere Erklärungen über die Tätigkeit der Konstruktoren und ihre Stellung zum Ministeriums ab. Weiter wurde über die Entwicklung der Schiffsbauindustrie gesprochen und festgestellt, daß gerade in letzter Zeit erhebliche Resultate erzielt worden seien. Angeregt wurde die Schaffung einer zweiten Wasserplattenfabrik neben Krupp, damit unsere Privatwerken auch fremde Aufträge erhalten, z. B. von Ausland. Der Staatssekretär erklärte, die Russen hätten überhaupt im Auslande nicht bestellt, wenigstens die großen Schiffe wollten sie sämtlich selbst bauen. Mit der Ueberwindung der alten Schiffe an die Kolonien als Stationsboote sei es ermeisterbar. Das Kolonialamt habe aber noch nicht darauf geantwortet. — Der angeforderte Vortragende Rat wurde genehmigt.

## Parteinachrichten.

Die Wahlsprüfungskommission des Reichstages entschied bei der Beratung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Wahl (naah), daß ein Reigenerer eine amtliche Einrichtung sei. Die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl selbst erfolgte noch nicht.

Der Ausschuss des Abg. Mittenhof sollte am Mittwoch in der liberalen Fraktion des abg. Reichstages Landesausschüsse beschließen werden. Die Sitzung verlief jedoch ergebnislos. Die Entscheidung wird in diesen Tagen fallen.

### Kleine politische Nachrichten.

Internationales Anglistentag. In der Aula der Technischen Hochschule zu Dresden fand gestern der Anglistentag mit der internationalen Anglistenversammlung statt. Die Regierungen von Amerika, Chile, China, Frankreich, Italien, Desterreich, Rußland und Japan haben Vertreter entsandt.

Der Berliner Viehhof gesperrt. Der Berliner Viehhof ist wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche für den Vertrieb von Vieh jeder Art gesperrt worden. Die Sperrung ist, wie die „Allgemeine Preßer-Zeitung“ meldet, dadurch notwendig geworden, daß einige Kinder auf dem Schlachthofe, sowie auf dem Viehhofe mit Maul- und Klauenseuche befallen vorgefunden wurden. Die Vorschriften des Berliner Viehhofgesetzes haben jedoch persönlich dem Minister Schritte unternommen, um Erleichterungen in dem Sinne zu erwirken, daß die Ausführung von Schlachtkörpern zum sofortigen Viehtransport nach auswärtigen, mit direktem Bahnanschluß versehenen Schlachthöfen zugestimmt werde. Diesen Wunsch wurde Folge gegeben.

Auspeuerung. Die Färbereibetriebe von Barmen besetzen etwa 3000 Arbeiter aus, da ein gütlicher Ausgleich der Differenzen gescheitert ist.

### Hof- und Personalnachrichten.

Geheim machen der Kaiser und die Kaiserin eine längere Ausfahrt. Der Kaiser bestuchte im Anschluß daran den Reichstanzler.

Aus Anlaß des Hinführens des deutschen Postchefs Grafen v. Tattenbach hat der König von Spanien an den deutschen Kaiser ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm geschickt, worin es heißt, der Kaiser habe einen treuen Diener verloren und der König einen aufrichtigen Freund, dem er stets ein ehrendes Andenken bewahren werde.

## Ausland.

Frankreichs neue Heeresorganisation. Wie die Flotte will Frankreich auch die Armee einer Reorganisation unterziehen. Die Regierung hat ein neues Kriegsgesetz ausgearbeitet und neben anderem eine Vorlage zur Vermehrung der Artillerie eingebracht. Das Kriegsbudget für 1910 weist infolgedessen eine Steigerung von 73 Millionen Franc gegenüber dem Vorjahre auf. Zurzeit wird in der Deputiertenkammer über das Heeresbudget verhandelt. Man meldet:

Paris, 10. Febr. Bei der heutigen Beratung des Kriegsbudgets in der Deputiertenkammer führte der Berichterstatter Clémentel aus, die Vermehrung der Ausgaben des Kriegsbudgets habe ihren Grund in der Reorganisation der Artillerie, in den Plänen für Kasernen, in der Verbesserung der Koll. in der Erhöhung der Gehälter der Subalternoffiziere usw. Eine neue in dem Budget für 1910 erscheinende Ausgabe von 500 000 Franc betrefte die Luftschiffahrt. Man brauche sich, führte der Berichterstatter weiter aus, wegen der jetzt bestehenden, ungleichen Verlegenheit der deutschen Luftschiffahrt nicht übermäßig beunruhigen. Diese Verlegenheit würde wohl vorbei sein, wenn Frankreich verheße, die Art zu machen und dabei die zweifache Krippe der Trägheit und des vorerlichen Bures vermeide und seine Bestrebungen sowohl auf Luftschiffe als auf Flugmaschinen erstreckte. Berichterstatter Clémentel schloß: Der bewaffnete Friede ist teuer, aber notwendig. Die Abrüstung ist nicht ein Mittel, sondern ein Resultat. Eine Aktion, die allein abzurufen wollte, würde in ihr Verderben rennen. Tragen wir also freudig die schweren Lasten, wenn wir nicht wie ein entnervtes Volk erscheinen wollen!

Nach einer weiteren Nachricht aus Paris bewilligte der Budgetausschuss der Kammer einen Kredit von 2 Millionen Franc zur Errichtung eines 800 Mann starken Bataillons schwarzer Truppen in Algerien.

### Kleine Tagesnachrichten.

Der Papst als Mittere Doppeldecker. „Zeitungen“ meldet aus Rom: Man hört hier, daß König Leopold von Belgien kurz vor seinem Tode dem Papste eine Summe von zwei Millionen Francs vermacht haben soll. Für die Heberischeminten in Paris.

Für die Unterstühung der durch Hochwasser gefährdeten kleinen Handels- und Gewerbebetriebe in Paris liefert die Banque de France einen Vorschlag von hundert Millionen Franc, deren Verzinsung und Tilgung durch den Staat, große Banken und die Pariser Handelsschiffe verübt werden. Vorschläge werden wahrscheinlich binnen fünf Jahre bis zu 5000 Franc gewährt. Die Landwirte werden durch die Caisse du Credit Agricole und die Grundbesitzer durch den Credit Foncier in ähnlicher Weise unterstützt.

Geldmangel. Schatzbeamte der Regierung des Commonwealth haben beim Finanzminister im britischen Teile des Goldstritts nach der deutschen Neu-Guinea-Grenze verleihsstelle aktuelle Goldfelder entdeckt.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. Februar.

### Die Oper zur Zeit Goethes.

Der „Lauschebter Theaterverein“, der im Vorjahre durch seine Aufführungen von drei weniger bekannten dramatischen Werken Goethes im alten Lauschebter Goethe-Theater allen Besuchern unvergessliche Stunden des höchsten Genusses bereitet hat, beschäftigt, im kommenden Frühjahre in einigen Aufführungen ein Bild vom Stande der Oper heteren Geores zurzeit Goethes zu geben. Die italienische Opera buffa wird vertreten sein durch „La serva padrona“, ein Werk des jüngstverstorbenen Meisters Gio. Batt. Pergolesi, dessen 200. Geburtstag die musikalische Welt am letzten Neujahrstage feierte. Und zwar wird man nicht die übliche Bearbeitung benutzen, in der das Werk in Paris 1732 aufgeführt wurde, vielmehr hat der Professor für Musikwissenschaft an der Universität Halle, Herr Dr. Hermann Wett, das Werk wieder in seiner Originalform von 1730 hergestellt und mit einer neuen Textübertragung versehen. Kurz in dieser Form gibt die Oper ein exakt Bild der Opera buffa und wird durch Witz und Draht auch diejenigen überführen, die das Werk schon in der Pariser Form kennen gelernt haben. Von Opern im französischen Stil ist „Der eozogene Kabi“ von Gluck ausgestellt worden. Er wurde am Wiener Hofe im Jahre 1761 zuerst aufgeführt. Das deutsche Eingpiel endlich wird vertreten sein durch „Du Hassan“, ein Jugendwerk von Carl Maria von Weber, das im Jahre 1811 seine Uraufführung erlebte.

Die Aufführung dieser Werke bedeutet ein musikalisches Ereignis, wird aber auch dem Laien einen ausgefeilten Genuss bereiten, da sie dem Sinne nach vollkommen in den Rahmen des Lauschebter Theaters passen und die lebenswichtige Musik enthalten. Der Verein stellt für die Besetzung der Rollen mit hervorragenden auswärtigen Künstlern und den ersten Kräften der hiesigen Oper in Unterhandlung. Als musikalischer Leiter ist der erste Kapellmeister des hiesigen Stadttheaters, Herr Eduard Wörtele in Aussicht genommen. Da dieser im Juni mit der Leitung der Halberstädter Wagnerfestspiele beschäftigt sein wird, sollen die Lauschebter Aufführungen schon Ende Mai erfolgen. Näheres darüber wird bekannt gegeben werden. Etwasige Anfragen sind zu richten an den Lauschebter Theaterverein Halle, Große Steinstraße 10.

### Fischzucht im Zimmer.

Ziphsphorus helleri hat man den im Vorjahre aus Guatemala lebend eingeführt, schwarzbaren Jahntarpen genannt, den Herr Gärtnermeister Schortmann in der letzten Sitzung des Vereins für Aquarien- und Terrarienkunde Daphnia G. U. einer sehr großen Zahl von Mitgliedern und Gästen zeigte. Die allen anderen Fischen fehlende spierförmige Verlängerung der unteren Schwanzflossenhälfte verleiht den Tieren etwas ganz Ungewöhnliches, Abenteuerriches. Dabei sind sie leicht zu halten und vermehren sich auch im Zimmeraquarium reichlich. — Das Hauptinteresse des Abends galt aber noch schöneren entfernten Verwandten. Die Gattung Aplocheilichthys gehört nicht wie die noch genannte Art den lebendgebärenden, sondern den eierlegenden Zahnbarben an. Wie wenig andere sind diese in der Form hochinteressanten Fische dem Leben nicht unter der Wasserhohle angepaßt. Regungslos liegt man die kleinen Röhren hoch und ihre Umgebung beobachten, und das breite Maul ist stets bereit, Beute zu erfassen, nicht nur in, sondern auch über dem Wasser. Dem sie sind vorzügliche Springer und mancher unachtsame Besucher hat schon erfahren müssen, daß sie ihrer leicht verletzlichen Beschaffenheit ohne Erlaubnis Lebenslos lagten und dann im Trocknen ihren Vorwitz mit dem Tode büßten. Auch ihre Nahrung ist leicht. Man braucht nur die bei Wärme und Sonnenlicht fast täglich im Schwimmpflanzenaquarium abgelegten Eier gelegentlich zu sammeln und in besonderen, etwas gemäßigten Behältern sich entwickeln zu lassen. Die Arten sind nämlich Rammbildner schlümpfer Seite und wahren jeden ihrer unvollkommenen Stützpunkte ohne Gnade verheißt.

Herr Fabrikant Benemann und Herr Professor Lehmann sprachen über den prachtvollen Krikaner S. elegans. Hervorgehoben wurde eine merkwürdige, aus anderen Fischen beobachtete Tatsache: die Tiere legen wohl reife Eier genug, aber diese entwickeln sich nicht, sondern verpilzen — bis man daran dachte, daß die in Betracht kommenden arifantischen Ströme reichlich salpatriert sind, als unser Bestimmungswasser. Man brachte Kofchals in die Zuchtquarrieren und hatte von Grund an besten Erfolg. Und Herr Schortmann brachte endlich eine wohl überhaupt noch nicht benannte Art aus Coch. über und über selbst mit roten roten Fischen und grün- und goldschimmernden Punkten. Sie gilt als die allerhöchste. — Neue Beobachtungen über Fluß- und Meerestiere, besonders über das Brutgeschäft der letzteren, wurden aus der Sitzung bekannt gegeben.

Der Vorhänge, Herr Lehrer Bonke, berichtet dann noch über das Einwinteren seiner Mittelmeer-Eisfische.

Herr Herr Doktor Dr. Ruge ist eine Befestigung der Salomonen-Juchstition im hiesigen Landwirtschaftlichen Institute vereinbart worden.

### Tanzabend Gudrus Hildebrandt.

Zum zweiten Male in dieser Saison erschien Gudrus Hildebrandt, die schönste Tänzerin der Welt, auf der Bühne in den „Kaiserjahren“. Sie brachte neue Tanzpoeme mit.

Im Sternenschein tanzte sie zuerst „Die Nacht“. Stillere Poesie vereint mit natürlicher Grazie kommen in erster Charakteristikunst durch die Tänzerin zur Geltung. Man verheßt ihre Schönheit nach Märgen, ihren stillen Scherz nach Witz und Sonnenheine.

Lebhafter wurde das Gieckspiel als Fraulein Hildebrandt den Barcarollen-Balzer aus Hoffmanns Erzählungen“ darstellte. Es kam Feuer in die herrliche Mädchen-gestalt, sie schien zu schweben und dahinzuliegen als spielende Eise, als schaltheil Nymphen. Frühling umgibt den jugendlichen Körper, sonniger, blumenreicher Lenz.

Eine holländische Tanzweise in grazvoller Plumpheit — vielleicht auch etwas zu grotesk dargestellt — ließen die Künstlerin in neuer Art erscheinen. Ihr Tanzstiel verleiht sie jedoch auch in der größeren Form nicht.

Recht frisch wirkte das Tanzstück, das Fraulein Hildebrandt und ihr Bruder im Bauernfolkum zum Besten gaben. Zu Anmut und Grazie geleiht sich hierbei noch wirkungsvolle Klarheit.

Als Hiltzerinnen haben wir Frä. Gudrus Hildebrandt schon bei ihren ersten Auftritten bewahrt. Gekern hatten Gedicht: lieblicher Gesang und unüßbarster Patriotismus vorzutragen. Auch Herr Hildebrandt erschien mit Rollen auf der Bühne.

Erfolg hatte die schöne Tänzerin bei allen ihren Darstellungen. Das Publikum — der Wagh nach allerdings hinter dem Andrange des ersten Abends zurück — erzeigte sich an den kunstvollen Darbietungen und bewachte nicht weniger über. So unterhielt man sich bei Konzert und Tanz. Gudrus Hildebrandt hat sich gegen diese neue Bewunderer und Freunde erworben.

m. k.

Bei dem in Halle bestehenden Schiedsgericht ist Arbeitervermehrung der Norddeutschen Anknüpfungsanstalt für die juristische Halle-Fachlehrer bei den hiesigen Oberbergamt in Halle a. S., Gerichtsstelle Großdamm, von bestreuten Vorständen ernannt worden.

Die Ausdehnung des Allgemeinen Halleischen Turnvereins, welche seit ihrem Bestehen unter Leitung des abg. Turnwarts Herrn Reinhold Wülfing steht, hält am kommenden Sonntag nachmittags 3½ Uhr in der Reoplag-Turnhalle die diesjährige Prüfungsturnen ab, zu dem die Eltern, Vorfahren, Lehrer und Turnfreunde eingeladen werden. Es sei noch bemerkt, daß diese fast 200 Knaben abendliche Abstellung, welche in turnerischer Beziehung mehrjährig erfolgt, sich auch beim diesjährigen Antrittsturnfest in sehr heftigen wird.

Die Namen-Stengenanben-Berlin Jahres-Schere hielt am Montag seine gut besuchte Monatsversammlung in Rappels Hotel (Str. Steinstraße) ab. Von den reichlich angebotenen Monatsarbeiten wurde die des Fräulein Kaufmann prämiert. Anfang April wird wieder unter der Leitung des gen. Lehrers der Stengraphie Herrn Stud. Theob. ein Anknüpfungslehre eröffnet. Am kommenden Donnerstag wird Herr Dr. einen Vortrag über die „Neue Unterrichtsmethode“ halten.

